

Demokratie : kein Dogma

Autor(en): **Nef, Robert**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **84 (2004)**

Heft 12-1

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Robert Müller, Katsikaki, 1996, 225 x 164 mm

Demokratie – kein Dogma

«Demokratie, das ist, wenn zwei Wölfe und ein Schaf über die nächste Mahlzeit abstimmen. Freiheit, das ist, wenn das Schaf bewaffnet ist und die Abstimmung anführt.» Dieser Aphorismus stammt von Benjamin Franklin, der gewiss kein Antidemokrat war, aber ein Freund der Freiheit mit viel Menschenkenntnis und mit grosser politischer Erfahrung im Umgang mit Unabhängigkeit, Föderalismus und Minderheitenschutz. Der Satz gehört ins Stammbuch all jener, die die Krankheit des bürokratischen Zentralismus in der EU durch mehr Demokratie kurieren wollen und es eine gute Sache finden, wenn in Zukunft von der Zentrale aus auch über die Bewaffnung verfügt wird. Franklin sagt mehr über das Spannungsfeld zwischen Mitbestimmung und Selbstbestimmung aus als Churchill mit seinem (als Zitat schon fast zum Dogma gewordenen) resignierten Zugeständnis, Demokratie sei die schlechteste aller Regierungsformen, mit Ausnahme aller anderen, die man bisher im Lauf der Zeit ausprobiert habe.

Dass demokratische Mitbestimmung der totalitären Fremdberrschaft vorzuziehen ist, können all jene bezeugen, die ein Opfer kollektivistischer Zwangsregime waren. Wer aber die Wahl hat zwischen Selbstbestimmung und Mitbestimmung, sollte nicht zögern, sich für Selbstbestimmung zu entscheiden, obwohl damit die Unbequemlichkeit verbunden ist, auch für die Folgen des Selbstbestimmten zu haften. In einer komplexen, zunehmend vernetzten Gesellschaft gibt es allerdings eine Anzahl von Problemen, die alle betreffen und über deren Lösung daher auch alle mitbestimmen sollten. Vermutlich wird dieser kollektive Problemlösungsbedarf aber tendenziell überschätzt. Er wird auch künstlich ausgeweitet, weil immer mehr Angelegenheiten durch generell-abstrakte Regeln zur kollektiven Sache (*res publica*) gemacht werden, die man ebenso gut oder besser durch zivilgesellschaftlichen Konsens gemeinsam beweglich regeln könnte.

Die Antwort auf die Frage, ob die Demokratie tatsächlich die Staatsform der Zukunft sei, hängt eng damit zusammen, ob es gelingt, jenen notwendigen Bereich kollektiver Entscheidungsfindung so eng und so präzise wie möglich zu definieren. Er ist von allen übrigen Bereichen abzukoppeln, bei denen andere Formen der Entscheidungsfindung befriedigender, vernünftiger, effizienter und anpassungsfähiger sind. Demokratie braucht Grenzen, grundsätzliche, räumliche, sach- und problembezogene, und da das Mehrheitsprinzip notgedrungen Minderheiten schafft, darf nie vergessen werden, dass die über das Ausmass von Freiheit entscheidende Minderheit das Individuum ist, von dessen Phantasie und kreativer Dissidenz das Überleben und der Fortschritt in der Zivilgesellschaft mehr abhängt als von der Mehrheit aller Opportunisten.

Robert Nef

AUTORINNEN UND AUTOREN

Norbert Anwander, Philosoph, Zürich
Dr. Roberto Bernhard, Publizist, Winterthur
Prof. Władław Bartoszewski, Polnischer Aussenminister a.D.
Dr. Daniel Brühlmeier, Ökonom, Baden
Prof. Tirmiziu Diallo, Sozialwissenschaftler, Dakar
Prof. Reiner Eichenberger, Ökonom, Fribourg
Patrik Ettinger, Historiker und Soziologe, Zürich
Dr. Christoph Frei, Politikwissenschaftler, St. Gallen
Edgar Gärtner, Journalist, Frankfurt
Dr. Klaus Hübner, Publizist, München
Prof. Peter Hughes, Anglist, Zürich
Dr. Konrad Hummler, Privatbankier, St. Gallen
Prof. Kurt Imhof, Sozialwissenschaftler, Zürich
Dr. Anton Krättli, Literaturkritiker, Aarau
Rainer Michael Mason, Kunsthistoriker, Genf
Franz Muheim, a. Ständerat des Kantons Uri, Altdorf
Prof. Sven Papcke, Sozialwissenschaftler, Münster
Ulrich Pfister, Publizist, Zürich
Prof. Gerard Radnitzky, Wissenschaftstheoretiker, Koringen
Prof. René Rhinow, Rechtswissenschaftler, Seltisberg
Dr. Bernhard Ruetz, Historiker, Zürich
Juliana Schwager-Jebbink, Juristin, St. Gallen
Gunnar Sohn, Wirtschaftsjournalist, Bonn
Dr. Tito Tettamanti, Unternehmer, London
Anne Tilkorn, Philosophin, München
Dr. Ludwig Watzal, Publizist, Bonn